

DIE LINKE.
Fraktion im Thüringer Landtag

3 Corona: Wie sich die LINKE für bessere Pandemie-Hilfen einsetzt

6 Gegenteilige Effekte: Pilotversuch mit Bodycams bei Polizist*innen

7 Kein fester Kristall: Ein neues Buch zur Aktualität von Karl Marx

Geschichte von unten

In den 1960er Jahren entwickelte sich in mehreren Ländern eine Neue Geschichtsbewegung, die sich vor allem mit der Alltagsgeschichte von diskriminierten Gruppen in einem regionalen Kontext befasste. Den Hintergrund bildeten Diskussionen auch in der Geschichtswissenschaft, die Kritik an einer dominierenden Politik- und Geistesgeschichte übte.

Der Historiker Bernd Hüttner sieht drei Schritte der Entwicklung einer Praxis der Geschichte von unten: Erstens eine neue Betonung gesellschaftlicher Prozesse und Strukturen, von subalternen Klassen und der Rolle von Bewegungen seit den 1960er Jahren. In den 1970er Jahren kommt eine neue Aufmerksamkeit für das Individuum, seinen Alltag und individuelle Deutungen der Welt dazu. Organisatorischen Ausdruck erhält dies verstärkt in den 1980er Jahren mit der Gründung von Geschichtswerkstätten, in denen sich feministische, gewerkschaftliche und andere ehrenamtliche und akademische Historiker*innen, aber auch Laien zusammenschließen.

Die Aneignung von Geschichte in einem offenen, demokratischen Prozess ist ein Kennzeichen dieser Neuen Geschichtsbewegung. Die Forscher*innen selbst, ob Laien oder Expert*innen, werden selbst Subjekte der Auseinandersetzung mit Geschichte in einem kollektiven Lernprozess.

Unter anderem in den Geschichtswerkstätten wurden seit den späten 1970er Jahren in Westeuropa und den USA vor allem Themen erforscht, die in der dominanten Geschichtskultur nur am Rande vorkamen, etwa die Arbeiter*innengeschichte, Frauengeschichte, die Geschichten von Unterdrückung und Widerstand. In der Bundesrepublik begannen unter dem Motto „Grabe, wo du stehst“ vor allem Menschen aus dem linken Milieu, lokale Geschichte mit dem Schwerpunkt auf der Erforschung der NS-Vergangenheit zu betreiben. Im Zeichen einer „Demokratisierung der Demokratie“ wurde in jener Zeit begonnen, sich nun also auch die Geschichte anzueignen.

Ein aktuelles Beispiel dieser Geschichtsarbeit stellen wir in dieser Ausgabe vor: die Befassung des linken Offenen Jugend- und Wahlkreisbüros in Ilmenau. Es geht auch heute noch darum, alternative Politik durch Geschichtsbetrachtung zu befördern.
Ihre Redaktion



Grabe, wo du stehst

Was Geschichtsarbeit von unten mit linker Politik zu tun hat: Das Wahlkreisbüro ZINXX in Ilmenau und die Spuren des Antifaschisten Karl Zink

Linker Ticker

Die Veröffentlichung des Gesamtplanes für Familienförderung im Unstrut-Hainich-Kreis bis 2023 ist von **Cordula Eger**, Sprecherin für Familie und Senioren der Linksfraktion, begrüßt worden. „Er ist das Herzstück der regionalen Familienförderung in Umsetzung des Landesprogrammes Solidarisches Zusammenleben der Generationen. Gegenüber dem ursprünglichen Ansatz für 2021 wurde das Landesprogramm um eine Millionen Euro erhöht. Für den Unstrut-Hainich-Kreis bedeutet dies eine Förder-summe in Höhe von 792.461,18 Euro für dieses Jahr. Das schafft Nachhaltigkeit für Projekte, vor allem im ländlichen Raum.“ +++ Vor dem Hintergrund von Protesten von Thüringer Bäuer*innen vor dem Landtag gegen das vom Bund geplante Naturschutzgesetz hat **Marit Wagler**, Sprecherin für Landwirtschaft, für nachhaltige Agrarproduktion plädiert, die aber auch wirtschaftlich machbar sein müsse. Insektenschutz muss sein, so Wagler, gesunde, regionale und bezahlbare Lebensmittel könne aber „nur mit unseren Landwirten vor Ort“ realisiert werden. +++ Als nächsten Schritt auf dem Thüringer Weg, das Petitionsverfahren noch bürgerfreundlicher und transparenter zu gestalten, sieht **Anja Müller**, Sprecherin für Verfassung, Demokratie und Petition, das neue Petitionsgesetz. Darin wird geregelt, dass auch handschriftliche Unterschriften auf das Quorum angerechnet werden. Zudem soll für mehr Transparenz in der Arbeit des Petitionsausschusses und eine Ausweitung der elektronischen Beteiligungsmöglichkeiten gesorgt werden. +++ Die LINKE-Fraktionschefin im Thüringer Landtag, **Susanne Hennig-Wellisow**, hält an der Forderung nach abwechselnder Besetzung der Wahllisten mit Frauen und Männern sowie von Wahlkreiskandidaturen fest. Nach einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, das eine Wahlprüfungsbeschwerde aufgrund nicht paritätisch besetzter Wahlvorschläge zur Bundestagswahl 2017 verworfen hatte, erklärte sie: „Es bleibt eine politische Entscheidung, geschlechterparitätische Regelungen im Wahlrecht vorzusehen. Parität bedeutet nicht eine Einschränkung von Demokratie, sondern ihre Verwirklichung.“

Impressum

Herausgeberin:
Fraktion DIE LINKE. im Thüringer Landtag
Jürgen-Fuchs-Straße 1, 99096 Erfurt
Redaktion: Olaf Weichler (V.i.S.d.P.)
Telefon: 0361 377-2620
E-Mail: weichler@die-linke-thl.de
www.die-linke-thl.de
Redaktionsschluss: 17. Februar 2021

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Materialien übernimmt die Redaktion keine Haftung. Sie behält sich das Recht der auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Grundrechtsbeschränkend

Bundesrat stoppt Gesetz zur Bestandsdatenauskunft / Auch Thüringen dagegen

Mitte Februar stand im Bundesrat die Neuregelung der sogenannten Bestandsdatenauskunft zur Beschlussfassung. Zuvor hatte der Bundestag Ende Januar eine Neuregelung getroffen, nachdem das Bundesverfassungsgericht im Mai 2020 die bisherigen Regelungen gekippt hatte. Es geht dabei um die Frage, welche Behörden zu welchen Anlässen welche Daten von Kund*innen von Telefon- und Internet Providern abfragen und wie sie diese dann nutzen dürfen. In der Länderkammer fand die Neuregelung allerdings nicht die erforderliche Mehrheit von 35 Stimmen. Auch der Freistaat Thüringen verweigerte seine Zustimmung.

„Das Gesetz soll bisher verfassungswidrige Regelungen zur Bestandsdatenabfrage aus dem Gesetz zur Bekämpfung des Rechtsextremismus und der Hasskriminalität, das vom Bundespräsidenten deshalb nicht unterzeichnet wurde, reparieren. Tatsächlich ist es jedoch nicht geeignet, eine in Übereinstimmung mit dem Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung stehende Rechtslage herzustellen“, so Steffen Dittes, innenpolitischer Sprecher der Linksfraktion im Thüringer Landtag.

Ihn ergänzte die Sprecherin für Antifaschismus, Katharina König-Preuss: „Das Gesetz leistet aber auch keinen adäquaten Beitrag, rechtssicher gegen extrem rechte Aktivitäten im Internet vorzugehen. Nach den Anschlägen auf Walter Lübcke, in Halle und Hanau schafft es das Gesetz nicht, verloren gegangenes Vertrauen aufzubauen. Es ist nicht hinnehmbar, wenn unter dem Vorwand der notwendigen Bekämpfung extrem rechter Einstellungen Grund- und Bürgerrechte beschnitten werden. Sich einerseits gegen Rechtsextremismus zu wehren, heißt andererseits auch, mit der selben Entschlossenheit Grund- und Freiheitsrechte vor deren Aushöhlung zu verteidigen.“

Für Dittes waren die geplanten Eingriffe zudem „extrem grundrechtsbeschränkend, es geht immerhin um die

vertrauliche Kommunikation von Menschen. Doch statt die durchgehende Kritik im Rahmen der Anhörung ernst zu nehmen, peitschte die Große Koalition den Gesetzentwurf in Windeseile durch den Bundestag.“ Mit dem Gesetz habe die Große Koalition im Bund das Vertrauen in die Integrität von IT-Systemen gefährdet, zum Beispiel durch den geplanten grenzenlosen Zugriff auf Passwörter von Anbietern wie Facebook, eBay und WhatsApp und das Kommunikationsverhalten von Menschen. Forciert worden sei aber auch das Misstrauen in Sicherheitsbehörden, die Zugriff auf eben jene Daten erhalten sollen, so Dittes. Er kritisierte zudem den Versuch, mit dem Gesetz die Vorratsdatenspeicherung durch die Hintertür einzuführen. Obwohl der Europäische Gerichtshof feststellte, dass Anbieter zur IP-Speicherung nur zum „Schutz der nationalen Sicherheit, Bekämpfung schwerer Kriminalität und Verhütung schwerer Bedrohungen

der öffentlichen Sicherheit“ abgefragt werden dürften, erlaube der Gesetzentwurf der Bundesregierung diese bei sämtlichen Straftaten sowie bei Rechtsgütern von hervorgehobenem Gewicht statt nur bei Rechtsgütern von erheblichem oder gar überragendem Gewicht. Selbst die Internetdienstleister werden verpflichtet zu prüfen, ob ein konkreter Straftatverdacht vorliegt und die Daten und Inhalte- und IP-Adressen in eine Verdachtsdatenbank des BKA geben.

„Mit den Regelungen im Gesetz wird weit über das verfassungsrechtlich zulässige Ziel hinausgeschossen. Das Gesetz legt es regelrecht darauf an, dass die Bestandsdatenauskunft erneut wegen seines verfassungswidrigen Charakters vor dem Bundesverfassungsgericht scheitert“, so Dittes.

Nach dem der Bundesrat die Novelle nun gestoppt hat, können Bundestag oder Bundesregierung noch den Vermittlungsausschuss anrufen. PR



Foto: geralt / pixabay

Trauer um Opfer von Hanau

Ein Jahr nach dem rechtsterroristischen Anschlag: Appell an die Politik

Am 19. Februar 2021 jährte sich der rechtsterroristische Anschlag von Hanau, bei dem neun Menschen aus rassistischen Motiven ermordet wurden, bevor der Täter auch seine Mutter und sich selbst erschoss, zum ersten Mal. Mitglieder der Linksfraktion haben an unterschiedlichen Gedenkveranstaltungen in Thüringen teilgenommen. „Wir trauern um die Ermordeten, wir schließen uns als Fraktion DIE LINKE aber auch den Forderungen der ‚Initiative 19. Februar‘ an“, so Katharina König-Preuss, Sprecherin für Antifaschismus und Antirassismus.

„Es ist längst bekannt, was seitens der Politik und auch der Gesellschaft

getan werden müsste, um Rassismus, Antisemitismus und Neonazismus entgegenzutreten: allein an der Umsetzung mangelt es enorm. Bei der Aufklärung muss noch viel mehr passieren, ebenso dabei, was notwendige Konsequenzen betrifft: Die Tat ist nicht als Einzelfall einzuordnen, sondern ist Folge einer gesellschaftlichen Stimmung, getrieben von Bestandteilen extrem rechter Ideologie. Es braucht Verbesserungen bei Polizei und Staatsanwaltschaften, was die Erkennung und Einordnung extrem rechter Straftaten betrifft, bei Beratungs- und Weiterbildungsangeboten zu Hass-Sprache, Rassismus, Neonazismus und Antise-

mitismus in Schulen wie auch für Behörden. Insbesondere sind viel mehr Anstrengungen für den Opferschutz und die Begleitung von Betroffenen bzw. Angehörigen extrem rechter Gewalt notwendig.“

König-Preuss kritisierte, dass es in Hessen keinen adäquaten Opferhilfsfonds gibt. Die dortige Linksfraktion fordert dafür drei Millionen Euro. Nur so könne auch angemessen der Forderung der Initiative 19. Februar, in der auch Familien, Freund*innen und Überlebende aktiv sind, entsprochen werden. in Ruhe trauern zu können und das Leben nach dem Verlust von Angehörigen wieder neu aufzubauen. PR



Foto: jag2020 / pixabay

Weitere Corona-Gelder fließen

Haushaltsausschuss des Landtags beschließt Wirtschaftsplan für Sondervermögen

Zusätzlich 442 Millionen Euro können in Thüringen für Corona-Hilfen sowie zur Eindämmung der Pandemie ausgereicht werden, der Haushaltsausschuss des Landtags hat dafür am 12. Februar den Weg frei gemacht. Mit einem entsprechenden Beschluss des Haushaltsausschusses ist der Weg frei für die Zahlungen aus dem dafür gebildeten Sondervermögen. „Damit können auch im Jahr 2021 Hilfen für viele Menschen, Einrichtungen und Vereine ausgezahlt werden, die besonders unter den Einschränkungen wegen der Corona-Pandemie leiden“, sagt Ronald Hande, haushaltspolitischer Sprecher der Fraktion der LINKEN. „Weitere Unterstützung gewährleistet das Land durch Umschichtungen im Landes-

haushalt, wie zum Beispiel die Übernahme der Elternbeiträge für Kindergärten.“

In dem dazu verabschiedeten Wirtschaftsplan sind unter anderem zwölf Millionen Euro für Testungen von Beschäftigten an Schulen und Kindergärten sowie an Schüler*innen vorgesehen, weitere drei Millionen Euro sind für das Studierendenwerk. Zur Unterstützung von gemeinnützigen Vereinen wurde zusätzliche Mittel in Höhe von einer Million Euro eingestellt. Mit 15 Millionen für kommunale Krankenhäuser, 12,5 Millionen für das Dienstleistungsgewerbe und rund 25 Millionen für digitale Endgeräte für Schulen und für Schüler*innen sowie fünf Millionen für Musikinstrumente, Bücher und

Spielgeräte in Kindergärten sollen die Menschen und Einrichtungen unterstützt werden, die besonders unter den Auswirkungen der Pandemie zu leiden haben.

Zudem sind 26 Millionen Euro beispielsweise für den Kauf von Masken, Tests und andere Ausrüstungen zur Pandemie-Eindämmung geplant. 22 Millionen sind vorgesehen, um die Einnahmeausfälle von Unternehmen im öffentlichen Nahverkehr auszugleichen.

Die Mittel stammen zum überwiegenden Teil aus dem 1,45 Milliarden Euro umfassenden Corona-Hilfsfonds, den der Landtag schon 2020 aufgelegt hatte und der eine Laufzeit von zwei Jahren hat. PR

Land überbrückt bei Verzug der Hilfen

Rot-Rot-Grün ermöglicht Zwischenfinanzierung über zinslose Darlehen

Die Corona-Überbrückungshilfe III des Bundes lief verzögert an. Aber die rot-rot-grüne Landesregierung in Thüringen hilft: Mit einer Zwischenfinanzierung können Unternehmen bei der Thüringer Aufbaubank das zinslose Darlehen „Corona Ü-III Zwischenkredit“ beantragen, um die Zeitspanne bis zur Auszahlung der Bundeshilfe zu überbrücken und über mögliche Liquiditätsengpässe hinwegzuhelfen. Auch die Linksfraktion im Landtag hatte sich für solch eine Lösung stark gemacht.

Profitieren könnten davon laut Wirtschaftsminister Wolfgang Tiefensee (SPD) etwa der Einzelhandel oder Fir-

men, die körpernahe Dienstleistungen anbieten. Sie mussten aufgrund der Verschärfung des Lockdowns Mitte Dezember schließen und konnten daher die bisherigen Bundes-Hilfsprogramme nicht in Anspruch nehmen konnten. Nun werde die Thüringer Aufbaubank dafür Sorge tragen, die zinslosen „Corona-Ü-III“-Zwischenkredite so schnell wie möglich auszus zahlen. Gewerbliche Unternehmen können dabei einen zinslosen Kredit von bis zu 50.000 Euro erhalten, wenn sie zahlungsfähig, nicht insolvenzgefährdet und antragsberechtigt für die Überbrückungshilfe III des Bundes sind. Das Bundeswirtschaftsministerium

hatte im Februar zwar eine schnellere Freischaltung der Plattform für die Überbrückungshilfe III angekündigt. Die bereits entstandene Verzögerung hatte bei einigen Unternehmen dennoch zu Problemen geführt.

Das Wirtschaftsministerium der rot-rot-grünen Landesregierung erklärte, dass bei anderen Hilfsprogrammen des Bundes die Auszahlungen an die Firmen inzwischen gut vorankämen. So seien in der Überbrückungshilfe II und in der Novemberhilfe mehr als 80 Prozent, in der Dezemberhilfe fast 60 Prozent aller beantragten Mittel ausgezahlt worden. PR

LINKE fordert mehr soziale Unterstützung

Mit der Forderung nach einem höheren Kurzarbeiter*innengeld und besseren Hilfen für Menschen in Grundsicherung haben sich Abgeordnete der Linksfraktion im Thüringer Landtag in die Diskussion über die Abfederung von Corona-bedingten sozialen Belastungen eingeschaltet.

Die arbeitsmarktpolitische Sprecherin der Fraktion, Lena Saniye Güngör, macht sich für die Forderungen der Gewerkschaft NGG stark, die Beschäftigten im Gastgewerbe mehr zu unterstützen. „Wir unterstützen die Forderung der Gewerkschaft. Das Kurzarbeiter*innengeld muss auf mindestens 90 Prozent angehoben und ab dem ersten Tag gezahlt werden.“ In vielen Thüringer Betrieben erhielten Beschäftigte kaum mehr als den gesetzlichen Mindestlohn, so Güngör weiter. Unternehmen würden infolge der Corona-Pandemie durch Steuermittel finanziell kräftig unterstützt. Aber auch die Mitarbeiter*innen seien unverschuldet in diese Krise geraten. „Gerade für Menschen mit niedrigem Einkommen kann ein solcher finanzieller Einschnitt schon im ersten Monat existenzgefährdend sein“, so Güngör.

Unterdessen kritisierte Karola Stange, sozialpolitische Sprecherin der Fraktion, die von der Bundesregierung beschlossenen Einmalzahlungen für Menschen in Grundsicherung als viel zu niedrig. „Einmalige Zahlungen sind ein Tropfen auf den heißen Stein“, so Stange. Betroffene und ihre Kinder seien „seit Monaten zusätzlichen finanziellen Belastungen zum Schutz vor einer Infektion und durch Homeschooling ausgesetzt. Vom Munde abgespart wurden sich die Schutzmasken. Hinzu kommen erhöhte Stromausgaben, Materialien für den Distanzunterricht und Lebensmittelkosten, wenn die Kinder nicht mehr im Kindergarten oder der Schule essen können. Diese prekäre Situation wird sich mit dem kläglichen Zuschlag nicht ändern“, so Stange.

Die Forderung der linken Thüringer Abgeordneten in Richtung Bund: Es benötige „einen regelmäßigen monatlichen Aufschlag und keine einmaligen kleinen Geschenke. Auch braucht es eine armutsfeste und vom Einkommen der Eltern unabhängige Kindergrundsicherung in Höhe von monatlich 600 Euro.“

Die LINKE fordert generell ein anderes System der Existenzsicherung, weg von Hartz IV mit seinen Sanktionen, der Berechnung nach Bedarfsgemeinschaften und viel zu geringen Regelsätzen. Eine sanktionsfreie und existenzsichernde Mindestsicherung sei nötig, das zeige sich in der aktuellen Krise umso dringlicher. PR

Es ist das Jahr 1933, der Hitlerfaschismus ist an der Macht, nahe Ilmenau findet das Gabelbachrennen statt, eine damals recht berühmte Motorsportkonkurrenz – doch an der Zufahrt zur Rennstrecke hängen Plakate der KPD. Während des Rennens flattern antifaschistische Flugblätter vor den oberen Teilen der Tribüne. Die Aktion erregte viel Aufmerksamkeit, die Nazis forderten das Publikum des Gabelbachrennen auf, die „Hetzflugblätter“ der „kommunistischen Elemente“ einzusammeln und abzuliefern.

Einer der Mutigen, die sich damals dem Faschismus entgegenstellten, war Karl Zink. Der Name ist jenseits der Region kaum bekannt, in und um Ilmenau ist das anders. Doch auch hier sind die Quellen über den Antifaschisten und Kommunisten, der im September 1940 von den Nazis hingerichtet wurde, rar. In einer von der Rosa-Luxemburg-Stiftung Thüringen herausgegebenen Broschüre haben nun Julian P.J. Degen, der Landtagsabgeordnete Christian Schaft und Paul Wellso Informationen und Hinweise auf Zinks Biografie zusammengetragen.

Eine gewisse Rolle spielte dabei der Zufall: Auf der Suche nach Räumen für ein offenes Jugend- und Wahlkreisbüro in Ilmenau fanden Schaft und seine Mitstreiter*innen ein freies Büro in der Karl-Zink-Straße 2 – der Beginn einer Recherche und Beschäftigung, die keineswegs nur historiografische Züge trägt. „Erinnern heißt handeln. Handeln bedeutet für uns in einem ersten Schritt, Räume zu schaffen. Räume für eine solidarische, widerständige und antifaschistische Politik. Eine Politik, die nicht nur Abwehrkämpfe führt. Eine Politik, die aktiv streitet für das gute Leben für alle“, so formuliert es der LINKEN-Abgeordnete Christian Schaft.

Einer dieser Räume in Ilmenau ist nun mit Karl Zink verbunden, schon dem Namen nach – das Jugend- und Wahlkreisbüro heißt ZinXX. „Karl Zink und ZinXX, das ist nicht einfach ein Label. Das ist das Verständnis dafür, dass wir eine widerständige Erinnerungskultur brauchen, um verständlich zu machen, worum es geht, wenn wir von Antifaschismus sprechen und warum wir uns antifaschistisch engagieren“, so Schaft.

Wer aber war Karl Zink? In Ilmenau sei er fast allgegenwärtig und mehrfach gewürdigt worden, schreibt Degen in seiner biografischen Skizze über den Antifaschisten und Kommunisten. Geboren am 24. April 1910 zog die Familie 1917 nach Ilmenau, wo Karl Zink die Goetheschule besuchte – bis die Familie die Schulgebühren nicht mehr zahlen konnte. Eine Lehre zum Kaufmann schließt sich, auch der Besuch der Handelsschule und zudem erlernt Zink in der Werkstatt seines Vaters das Handwerk des Büchsenmachers. Die Wirtschaftskrise von 1929 bringt der Familie den Ruin, Sohn Karl schließt sich 1931 der KPD an. Nach der Machtübertragung an die Nazis engagiert sich der in seinen frühen Zwanzigern stehende Antifaschist im Widerstand. 1935 wird er wegen Hochverrats und Mitgliedschaft in der KPD zu zwei Jah-

ren Zuchthaus verurteilt, erneut gerät er den Faschisten 1939 in die Hände. Diesmal wird Karl Zink zum Tode verurteilt. In einem seiner letzten Briefe schreibt er an die Mutter: „Als Letztes rufe ich Dir zu, bleibe stark und trage Deinen Kopf hoch bis zum letzten Atemzug, wie es auch unser Vater getan hat.“

„Bleibe stark und trage Deinen Kopf hoch“, lautet nun auch der Titel der Broschüre. Sie ist das Ergebnis einer Befassung mit Geschichte „von unten“, eines historiografischen und erinnerungspo-

Einladung zum Weitergraben

Geschichtsarbeit und linke Politik:
eine Broschüre auf den Spuren des Antifaschisten Karl Zink



Abbildungen aus der beschriebenen Broschüre

litischen Engagements, das auf Vorbilder zurückgreifen kann. Wie Paul Wellso, bis vergangenen Sommer Geschäftsführer der Rosa-Luxemburg-Stiftung Thüringen in seinem Beitrag erinnert, war auch in der Bundesrepublik seit dem Ende der 1970er Jahre eine Bewegung im Entstehen begriffen, die sich mit der Geschichte aus einer politischen Perspektive befasste. Es ging darin nicht mehr bloß um die „großen Männer“, die Abfolge von Staatshandlungen, sondern um die „normalen“ Menschen, um Sozial- und Alltags-

geschichte, um antifaschistischem Widerstand und Arbeiterbewegung vor Ort. Die Spurensuchen erschöpften sich auch nicht nur in der Dokumentation des Gewesenen, sie waren „demokratische Selbstermächtigung durch historische Forschung“ und zugleich lebendige Auseinandersetzung mit Geschichte, die auch politisches Engagement vor Ort einschloss. (siehe Randspalte)

„Grabe, wo du stehst“, so das Motto jener selbstorganisierten Geschichtswerkstätten und Engagierten – die Recherchen zu Karl Zink standen unter

Eine neue Bewegung

„...Fragt man nach den gemeinsamen Merkmalen, der Achse der vielfältigen Initiativen und Projekte der neuen Geschichtsbewegung, so fällt die Antwort nicht leicht... Der Versuch, den Minimalkonsens der neuen Geschichtsbewegung zu beschreiben, kann deshalb nur an Hand der bisher vorliegenden Resultate erfolgen. Eine solche Beschreibung muß notwendigerweise vorläufig sein, und sie ist, da die Arbeitsansätze und Erfahrungen der Verfasser darin mit eingehen, sicher auch subjektiv.“

Mit diesen Einschränkungen glauben wir sechs typische Merkmale feststellen zu können: 1. Die neue Geschichtsbewegung bestreitet die Neutralität von Geschichte. Sie betreibt Geschichtsarbeit nicht aus der Sicht der herrschenden Klassen, sondern vom Standpunkt der Abhängigen und Unterdrückten aus. 2. Sie beschäftigt sich also nicht mit den Siegern, sondern mit den Opfern. Deren Geschichte wird vornehmlich an Hand des Alltags und überschaubarer Bereiche rekonstruiert. 3. Dabei gilt das Monopol der schriftlichen Quellen nicht mehr länger. Neue Quellen - wie zum Beispiel die mündlich tradierte Geschichte - werden erschlossen und mit vorhandenen kombiniert. 4. Die Subjektivität von Geschichtsarbeit wird nicht versteckt oder verschleiert. Sie wird angenommen als Begrenztheit, «Geschichte wie sie wirklich war» erforschen und darstellen zu können. 5. Die Beschäftigung mit Geschichte wird nicht mehr länger der Fachwissenschaft überlassen, sondern als gemeinsamer Arbeits- und Lernprozess von vielen - Historikern und Laien, Betroffenen und Interessierten - praktiziert. Dabei erfährt der Begriff Kompetenz eine neue und erweiterte Definition. 6. Die neue Geschichtsbewegung versteht sich als Teil des politischen und kulturellen Lebens der Gegenwart. Gegen das Vergessen und Verdrängen setzt sie eine aktive Erinnerungsarbeit, die an einer Veränderung der bestehenden Verhältnisse interessiert ist.

Was hier an methodischen Ansätzen, an Themenstellungen oder Perspektiven genannt wurde, gehört entweder zu Teilen schon zum Arsenal einer «kritischen» Geschichtsschreibung oder wurde in der Vergangenheit punktuell von engagierten Historikern postuliert. Die Einheit dieser sechs Momente, ihre Verknüpfung im praktischen Umgang mit Geschichte allerdings hat sich erst in jüngerer Zeit entwickelt und läßt es uns gerechtfertigt erscheinen, von der neuen Geschichtsbewegung zu sprechen...“

aus Hannes Heer und Volker Ulrich (Hg.): Geschichte entdecken. Erfahrungen und Projekte der neuen Geschichtsbewegung, Reinbek 1985.



Vor dem ehemaligen Haus der Familie sind heute zwei Stolpersteine in Gedenken an Karl und Walter Zink platziert.

gleicher Losung. „Gegraben“ wurde im Stadtarchiv Ilmenau, bei Gesprächen mit Lokalhistorikern und engagierten Antifaschist*innen und in den zu Zink veröffentlichten Texten aus Jahrzehnten. Entstanden ist so eine biografische Skizze, die sowohl Licht auf eine politische Biografie der Region wirft als auch

Auskunft darüber erteilt, wie schwer es sein kann, belastbare Fakten zusammenzutragen. Degens Kurzbiografie von Karl Zink spart denn auch nicht mit quellenkritischen Überlegungen, weist auf Widersprüche in den Erinnerungen anderer nach, benennt offene Fragen.

Die geschichtspolitische Arbeit vor Ort in Ilmenau ist zugleich eine Aufforderung, neue „Grabungen“ zu beginnen. Man wolle, schreibt Degen, „dazu ermutigen, dass sich - noch mehr als bisher schon geschehen - mit den Einzelschicksalen von ganz normalen Menschen auseinandergesetzt wird. Allein die Recherchen zu Karl Zink warfen ein Licht auf circa zwanzig andere Menschen, die mit ihm den antifaschistischen Widerstandskampf bestritten.“ Die Lektüre des Heftes zu Karl Zink könnte so neues Engagement befeuern. Eine progressive Geschichtsarbeit also, die übrigens rot-rot-grüne Rückendeckung erhält - in den Koalitionsverträgen von 2014 und 2020 ist die Unterstützung für Geschichtsarbeit und Erinnerung an den Widerstand gegen die NS-Herrschaft verankert.

Die kleine Biografie diene dem Gedenken und der Würdigung, heißt es in der Broschüre zu Karl Zink. Sie diene aber auch dazu, sich über Antifaschismus und linke Politik heute zu verständigen. „Karl ist uns ein Vorbild. In unserem Büro wollen wir Politik ähnlich denken und leben, wie Karl es getan hat“, so Christian Schaft. Es ist ein Beitrag, das Wissen um den antifaschistischen Widerstand gegen den deutschen Faschismus, um die Stärke und die Fehler oder um den Alltag der Arbeiter*innenbewegung wieder zu stärken. Oder, wie Schaft es formuliert: Das Heft ist eine Einladung, „darüber ins Gespräch zu kommen, was Erinnern und Handeln für jede*n von uns heißen und wie wir mehr Räume schaffen können, in denen wir gemeinsam, solidarisch und vielfältig antifaschistische Politik machen können.“ PR

Julian P. J. Degen, Christian Schaft, Paul Wellsow: „...Bleibe stolz und trage deinen Kopf hoch“. Eine Kurzbiografie über Karl Zink, Rosa-Luxemburg-Stiftung Thüringen, Dezember 2020. Weitere Infos und Bezug: th.rosalux.de oder schriftlich an Rosa-Luxemburg-Stiftung, Futterstraße 20, 99084 Erfurt bzw. per eMail: thueringen@rosalux.org



Das Wohnhaus der Familie, in dem sich auch die Werkstatt befand. Karl Zink wurde übrigens das erste Mal gerichtlich bereits 1929 verurteilt. Das lag anscheinend an Verstößen gegen das Waffengesetz. Durch Änderungen an diesem scheint auch das Geschäft des Vaters zugrunde gegangen zu sein.

Gegenteilige Effekte

Pilotversuch mit Bodycams: Kameras fördern teils Aggressionen gegen Polizist*innen

Nach bisherigen Erkenntnissen aus der wissenschaftlichen Begleitung des Pilotversuchs mit Bodycams ist die Wirksamkeit zum Schutz von Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte nicht nur fraglich, es gab sogar gegenteilige Effekte. So lautet das Fazit von Steffen Dittes, innenpolitischer Sprecher der LINKEN im Thüringer Landtag, zum zweiten Pilotversuch zum Einsatz solcher Körperkameras, die nicht nur im Freistaat Gegenstand aktueller Forschung sowie gesellschaftlicher Diskussionen sind.

„Es ist wichtig, dass der zuständige Innenausschuss derzeit den Bodycam Pilot II in Thüringen intensiv auswertet und bei diesen grundrechtssensiblen Eingriffen keine vorschnellen, auf tradierten Meinungen basierenden Entscheidungen getroffen werden“, sagt Dittes. Nach einem Evaluationsbericht der Universität Jena waren Bürger*innen bei Nutzung der Bodycam teilweise weniger kooperativ, teilweise auch aggressiver. Bei der Landespolizei Jena stiegen sogar die Attacken auf die eingesetzten Polizist*innen, die die Kamera trugen. Auch von teils erhöhten aggressiven Handlungen gegenüber Frauen bei der Polizei ist die Rede. „Das sind alles Erkenntnisse, die man ernst nehmen und ebenso ernsthaft diskutieren muss“, so Dittes.

Besondere Bedeutung haben die gewonnenen Erkenntnisse über die fehlende Wirksamkeit laut dem Innenexperten bei der Gruppe der alkoholisierten Tatverdächtigen. Hier wurde bei der Erprobung der Bodycams in Thüringen festgestellt, dass alkoholisierte Menschen bei Polizist*innen ohne befestigte Kameras signifikant weniger aggressiv waren. »Wir wissen, dass bei Widerstandshandlungen, Raub, Bedrohungen und Körperverletzungen gegen Polizistinnen und Polizisten in Thüringen 60 bis 65 Prozent der Täter alkoholisiert sind, beim tätlichen Angriff sind es zwei von drei Tatverdächtigen. Das heißt, in der Mehrzahl der Tattfälle, in denen Polizisten angegriffen werden, wirkt die Bodycam sogar aggressionsfördernd«, so Dittes.

Ähnliche Erfahrungen

Der Landtagsabgeordnete zeigte sich von diesem Ergebnis wenig überrascht. Schon bei der Auswertung des Bodycam-Versuchs in Sachsen-Anhalt wurde deutlich, dass es in Arealen, wo die Kamera nicht eingesetzt wurde, zu weniger Übergriffen kam. Bereits vor fünf Jahren registrierten europäische Studien Anstiege um bis zu 15 Prozent von Straftaten gegen Polizeibeamte mit Bodycam. Auch in einer Studie aus Nordrhein-Westfalen hatte sich unlängst gezeigt, dass die Zahl der tätlichen Angriffe auf Polizeibeamt*innen, die mit der Bodycam ausgestattet waren, zunahm.

Die Studienautor*innen machten ein verändertes kommunikatives Verhalten für diesen Umstand verantwortlich. Entgegen der Erwartung, hieß es

zu dieser NRW-Studie im September 2019, liege der Anteil der registrierten geschädigten Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten in den Schichten mit Bodycam über dem Anteil in den Schichten ohne Bodycam. Zur Erklärung der erwartungswidrigen Befunde ergibt sich aus den Daten, dass Bodycams das Verhalten von Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten in Richtung eines unangemessen zurückhaltenden Einschreitens und einer formaleren Sprache beeinflussen und dadurch tätliche Angriffe begünstigen.

Dittes bemängelt, dass Pilotversuch insgesamt oftmals nicht ergebnisoffen und ernsthaft nüchtern mit dem Ziel durchgeführt und betrachtet würden, alle Für und Wider im Kontext neuer Technologien zu erfragen, sondern diese immer wieder auf die flächendeckende Umsetzung der neuen Technik ausgerichtet sind. Gerade angesichts des Thüringer Pilotversuchs II bestünden eine Vielzahl von Fragen.

Die begleitenden Wissenschaftler*innen hätten zum Beispiel nur vier Monate von zwei Jahren Erprobungszeitraum verfolgen können, da sie zu spät angebunden wurden, obwohl DIE LINKE seit Jahren auf frühzeitige Begleitung drängte. »Nach bisherigem Kenntnisstand der Unterlagen, die wir einsehen konnten, gibt es weder Darstellungen, wie sich die Fallzahlen der tätlichen Übergriffe auf Polizist*innen mit und ohne Bodycam vor und nach dem Test

und in vergleichbaren Dienststellen entwickelt haben. Wir finden auch keine Hinweise darauf, dass die Wissenschaftler*innen, die den Pilotversuch begleiten konnten, Einblick in die Kameraaufnahmen erhalten haben, um diese objektiv auszuwerten, wie das bei der wissenschaftlichen Auswertung in Nordrhein-Westfalen der Fall war, wo umfangreiche Videoauswertungen stattfanden. Das heißt, nahezu alle Erkenntnisse für Thüringen basieren fast ausschließlich auf den subjektiven Einschätzungen der Polizeibeamten, die sich überwiegend freiwillig an einer Befragung beteiligt haben«, so Dittes. Er bedauert zudem, dass die Rücklaufquote von Befragungsbögen teilweise nur bei 50 Prozent gelegen habe. Ärgerlich sei jedoch, dass laut dem Abschlussbericht mit Beginn der Datenerhebung die Dienststellen der Polizei mit Erhebungsbögen ausgestattet wurden, die Beamtinnen und Beamten der Einsatzunterstützungseinheiten daran jedoch gar nicht teilnahmen, obwohl diese gleichfalls zum Tragen der Bodycam verpflichtet wurden.

Dittes kritisiert Methode

Der Abgeordnete rechnet vor, dass bei sieben Landespolizeiinspektionen mit jeweils 24 bis 30 Beamt*innen pro Einsatzunterstützungseinheit die Sichtweisen von mindestens 160 Polizisten dabei offenbar nicht berücksichtigt wur-

den und zeigt sich skeptisch ob dieser Methodik. Beachtlich sei jedoch die freiwillige Abschlussbefragung, an der 174 Thüringer Polizist*innen der teilnehmenden Schichten am Bodycam Pilot II durch Fragebögen mitgemacht haben. »Dass sich nur 38,5 Prozent die Bodycam tatsächlich wünschen und 61,50 Prozent die Kamera offenbar egal ist oder sie darauf verzichten wollen ist genauso relevant wie der Umstand, dass lediglich 13 Prozent aller Teilnehmer die Auffassung vertraten, dass sich ihr Sicherheitsgefühl leicht oder stark durch das Tragen der Bodycam erhöhen würde«, so Dittes.

Der LINKEN-Politiker verwies auf den diametralen Widerspruch solcher Erkenntnisse zu manch öffentlichen unkritischen Wortmeldungen aus der Landespolitik. Unter anderem die CDU-Fraktion drängt darauf, dass die Landesregierung die gesetzlichen Voraussetzungen für die Einführung von Bodycams schaffen soll. Dittes hält dagegen: »Wir haben in den letzten Jahren über 25 Millionen Euro in die bestmögliche Schutzausrüstung für Thüringer Polizistinnen und Polizisten investiert, doch gerade bei Grundrechtseingriffen braucht es sorgfältige, faktenbasierte Abwägungen, darum ist es richtig, dass der Innenausschuss sich weiter mit der Auswertung befasst und nach Abschluss auf dieser Grundlage Entscheidungen im Innenministerium getroffen werden.« PR



Foto: fshH / Pixabay

Dass zu jedem Topf ein Deckel passen soll, hat sich in die Sprachkultur drängelnder Schwiegereltern sehr tief eingeprägt. Ob es stimmt, ist eine andere Sache. Und ob man so reden soll, noch dazu. Der jüngste Wintereinbruch mit viel Schnee, hat uns in Sachen Deckel etwas Praktischeres gelehrt: Gehört er zu einer Mülltonne, bleibt er bisweilen witterungsbedingt zu. Kein Durchkommen mancherorts. Die fleißigen Beschäftigten bei den Entsorgern im Freistaat, haben in den vergangenen Tagen noch mehr als ihr Bestes gegeben. Dafür Danke.

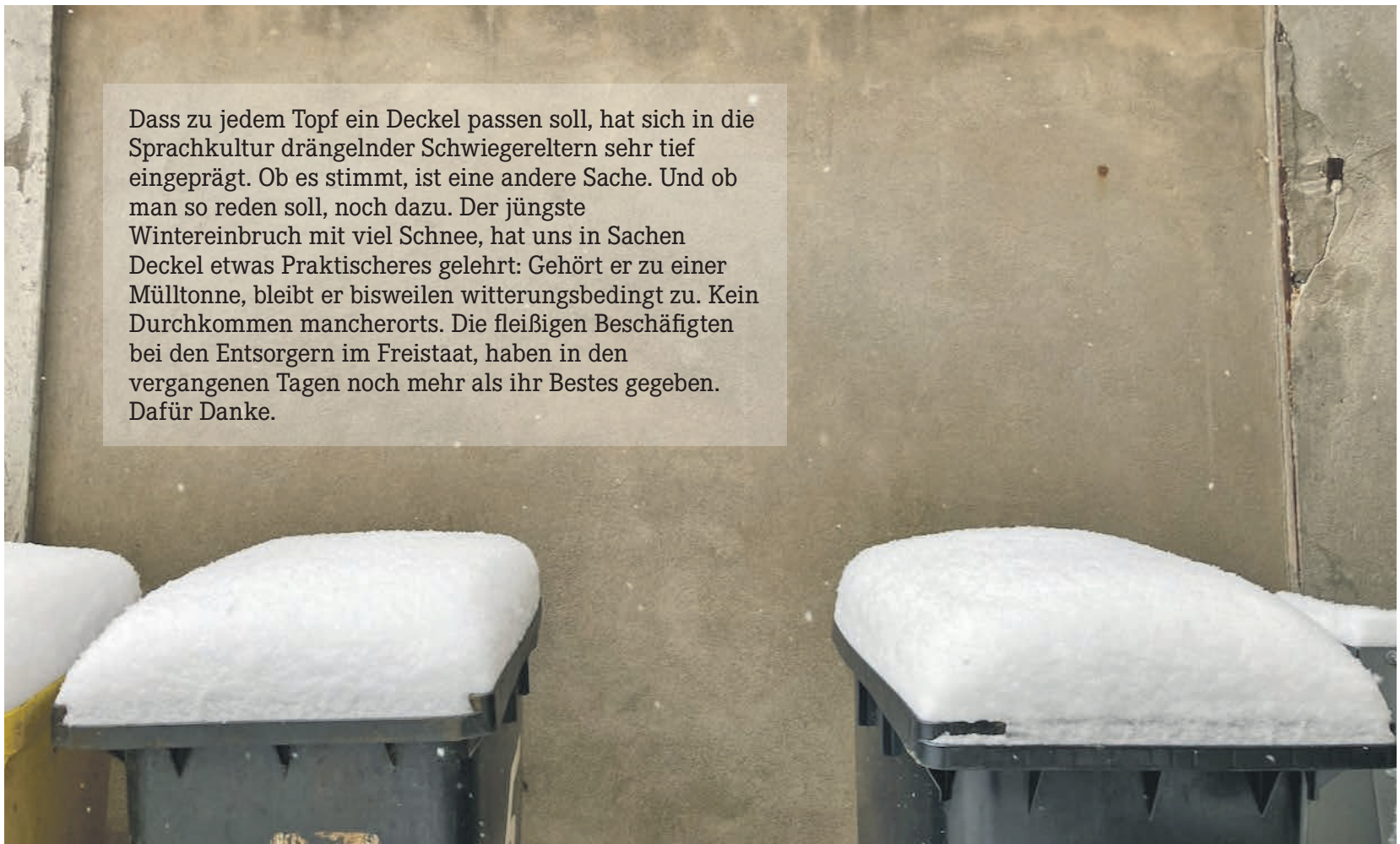


Foto: Parlamentsreport

In Bewegung, in Konflikt

Zum Thema Arbeiter*innenbewegung und Migration

Arbeiter*innenbewegung und Migration – so lautet das Schwerpunktthema der aktuellen Ausgabe von „Arbeit – Bewegung – Geschichte“ (ABG). Diese ist die einzige gedruckte deutschsprachige Zeitschrift, die ihren Schwerpunkt auf die Geschichte der Arbeiter*innenbewegung und der sozialen Bewegungen legt. Nach einem optischen Relaunch im Jahr 2016 erscheint die von einer vergleichsweise jungen Redaktion herausgegebene, sich Wissenschaft und sozialen Bewegungen verbunden fühlende Zeitschrift dreimal im Jahr.

Die insgesamt neun Artikel umfassen einen Zeitraum von über 100 Jahren, von den Debatten der Zweiten Internationale Ende des 19. Jahrhunderts um Internationalismus und „nationale Frage“, bis in die Bruchphase kapitalistisch-fordistischen Wohlstands Anfang der 1970er-Jahre. Sie machen deutlich, dass Migration schon immer zur Arbeiter*innenbewegung gehörte, ja dass „Migration“ und „Arbeit“ Phänomene sind, die sich getrennt voneinander weder betrachten noch verstehen lassen. Sie zeigen Migrant*innen in Bewegung, in Konflikten und in kollektiven Aktionen als integralen Bestandteil der Arbeiter*innenbewegung und ihrer kulturellen und politischen Organisationen.

Anda Nicolae-Vladu etwa erzählt von Kämpfen der Migration vor den 1950er Jahren, wie dem konzernweiten Streik bei der „Nordwolle“ 1927. Wobei die Gewerkschaft migrantische Beschäftigte hier teils in den Arbeits-

kampf integrierte und diese teils aufgrund eigenständiger Praktiken ausschloss, ein Phänomen, das auch später wieder zu beobachten ist – etwa bei den Kämpfen und Organisierungen, die Simon Goeke untersucht. Er berichtet aus seiner Forschung zu dem zwar nicht immer einfachen, aber auch solidarischen Verhältnis zwischen radikalen, eigenständigen migrantischen Kämpfen und den deutschen Gewerkschaften in der westdeutschen Boomphase der 1960er und 1970er Jahre. Caner Tekin und Francesco Vizzari schreiben schließlich über Organisationen von Migrant*innen aus der Türkei bzw. Italien in Europa. Ursina Weiler stellt eine Organisation vor, die in der Schweiz der Zwischenkriegszeit das alteingesessene italienischsprachige Proletariat ebenso ansprach wie durch das Mussolini-Regime vertriebene Neuankömmlinge aus dem Nachbarland im Süden. Sie beleuchtet vor allem ihre Reorganisationsphase nach dem Sturz Mussolinis 1943.

Fast 50 Seiten mit Rezensionen und drei Beiträge, die geschichtspolitische Initiativen „von unten“, etwa das Webprojekt „www.bruderland.de“ zu Vertragsarbeiter*innen in der DDR vorstellen, runden das für alle historisch Interessierten sehr empfehlenswerte Heft ab. *Janik Hollnagel*

Die Arbeiterbewegung und „die anderen“, Arbeit – Bewegung – Geschichte, Heft 1/21, 244 Seiten, 14 Euro, Jahresabo 35 Euro; Bezug über Metropolis-Verlag Berlin. Mehr unter arbeit-bewegung-geschichte.de/. Der Beitrag von Nicolae-Vladu ist dort zu finden.

Kein fester Kristall

Zur Aktualität des Denkens von Karl Marx

Der 200. Geburtstag von Karl Marx ist inzwischen fast zwei Jahre her, die Beschäftigung mit seinem Werk aber geht weiter. Einen umfangreichen Einblick in die linke Rezeption gibt nun ein neuer Sammelband, der auf zwei Konferenzen fußt, die 2018 in Frankfurt am Main und Berlin abgehalten wurden. Das Buch ist dabei nicht direkt eine Dokumentation der Beiträge dieser Tagungen, Themenspektrum und Zahl der Redner*innen waren seinerzeit so groß, dass eine Dokumentation „den Rahmen eines Buches bei weitem gesprengt“ hätte, wie die Herausgeber*innen, allesamt in der Rosa-Luxemburg-Stiftung tätig, erwähnen. Die Sammlung nimmt aber Diskussionen der Konferenzen auf, teilweise wurden die nun publizierten Beiträge auch schon dort zur Debatte gestellt.

Die Aktualität der Theorie von Marx sei aber nicht einfach eine „Gegebenheit“, sondern muss immer wieder in gesellschaftlichen Auseinandersetzungen hinterfragt und kritisch plausibel gemacht werden. Das ist sowohl eine wissenschaftliche wie politische Herausforderung, sie kann aber an der Aktualität von Marx anknüpfen – an der „Einsicht, dass nur eine grundlegende Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse es überhaupt erlaubt, endlich einmal aus dem Horizont all jener Probleme zu treten, die die Menschheit seit Jahrhunderten beschäftigen: der Rassismus, die Ausplünderung des globalen Südens, die Zerstörung der natürlichen Grundlagen des gesellschaftlichen Lebens, die

Ausdehnung der Lohnarbeit und die Ausbeutung des menschlichen Arbeitsvermögens, die sexistische Gewalt, die Gewalt, die sich gegen Menschen wegen ihrer sozialen Lage, ihrer ethnischen Herkunft, ihrer Kultur, ihrer politischen Positionen, ihrer körperlichen und mentalen Verfasstheit, ihres Alters richtet.“

In dem Sammelband werden die Beiträge in drei Schwerpunkten geordnet, einmal geht es um die Entwicklung des Marxschen Werks in seiner zeitlichen Abfolge und seiner Systematik, darüber hinaus geht es um Anschlüsse an die Marxsche Theorie und ihr Verhältnis zu anderen kritischen Theorien. Und schließlich steht die Analyse verschiedener Aspekte der gegenwärtigen kapitalistischen Gesellschaften im Vordergrund. Man sei überzeugt, so die Herausgeber*innen, „dass es zu vielen Fragen noch an marxistischen Analysen mangelt, zumal die jetzige Gesellschaft kein fester Kristall, sondern ein umwandlungsfähiger und beständig im Prozess der Umwandlung begriffener Organismus ist“.

Dem Buch ist „als Werkzeug für die kommenden Generationen von Marxist*innen bei der Produktion neuen Wissens und der Entwicklung emanzipatorischer Praxis“ breite Beachtung zu wünschen. *PR*

Thomas Sablowski / Judith Dellheim / Alex Demirović / Katharina Pühl / Ingar Solty (Hrsg.): Auf den Schultern von Karl Marx, Verlag Westfälisches Dampfboot 2021, 552 Seiten, 40 Euro.

